

18. Wahlperiode

Antrag

der AfD-Fraktion

auf Annahme einer EntschlieÙung

Geeint in der Solidarität mit Österreich und Frankreich im Kampf gegen den Islamismus

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Das Abgeordnetenhaus gedenkt der Opfer islamistischer Anschläge in Wien, Frankreich und Dresden. Die neueste Kette religiös-fundamentalistisch motivierter Attentate seit Oktober 2020, die sich gezielt gegen das Christentum und das Grundrecht auf Meinungsfreiheit richteten, rufen Trauer und Entsetzen hervor.

Wir sprechen den Hinterbliebenen unser Mitgefühl aus und erklären uns solidarisch mit dem österreichischen und dem französischen Volk und den Angehörigen der Dresdner Opfer.

Manche Reaktionen auf die grausamen Morde in Frankreich sind zutiefst verstörend und empörend. Auf mehreren Demonstrationen in Berlin wurden die Mordtaten durch Sympathisanten gerechtfertigt. Die antifranzösischen Agitationen am Hermannplatz und das öffentlich dargestellte Auspeitschen des französischen Staatspräsidenten durch radikale Muslime sind abstoÙend und stoÙen auf unsere entschiedene Ablehnung. In solchen Manifestationen zeigt sich der Unwille, für die Werte der freiheitlich-demokratischen Grundordnung einzustehen.

Wir werden unsere Grundwerte verteidigen und uns niemals durch Terrorismus einschüchtern lassen. Europa ist aufgerufen, sich gemeinsam gegen die islamistische Bedrohung zur Wehr zu setzen. Insbesondere auch jüdische Einrichtungen benötigen unseren Schutz.

Die Anschläge zeigen erneut die tödliche Dimension der islamistischen Ideologie. Auch Berlin war wiederholt Ziel islamistischer Terroranschläge. Letztlich gelten die Angriffe allen Bürgern der westlichen Welt. Nicht zuletzt werden die Freiheit der Presse und der MeinungsäuÙerung als zentrale Elemente freiheitlicher Demokratien durch den islamistischen Terror immer stärker bedroht. Aus diesem Grund bekräftigt das Abgeordnetenhaus das Bekenntnis des französischen Staatspräsidenten zur Meinungsfreiheit. Macron, der bei einer Gedenkfeier erklärte, Frankreich werde nicht auf Karikaturen und

Zeichnungen verzichten, verdient Respekt und Solidarität. Ebenso würdigt das Abgeordnetenhaus den französischen Lehrer Samuel Paty, der sich aktiv um die Freiheit der Rede verdient gemacht hat, als Helden der Meinungsfreiheit und drückt seinen Hinterbliebenen sein Mitgefühl aus.

An die Berliner Lehrerschaft ergeht der Aufruf, sich durch die Ereignisse in Frankreich nicht einschüchtern zu lassen und die Gestaltung des Unterrichts unbeirrt und unabhängig fortzusetzen. Falsche Rücksichtnahme auf radikalislamische Befindlichkeiten und voreilender Gehorsam würden den Tätern den Triumph einer gelungenen Einschüchterung geben. Die Schulverwaltung wie auch Schüler, Eltern und Kollegen sind aufgerufen, den Lehrern die notwendige Rückendeckung zu geben. Denn Religionskritik gehört zur Ausübung der Meinungsfreiheit.

Der Einsatz für Meinungsfreiheit darf sich nicht in Sonntagsreden erschöpfen, Meinungsfreiheit muss durch alltägliche Erprobung behauptet werden. Das Abgeordnetenhaus erklärt sich solidarisch mit allen Menschen, die den Mut zum Diskurs haben und sich in Ausübung der Meinungsfreiheit nicht einschüchtern lassen.

Berlin, den 3. November 2020

Pazderski Hansel Bachmann
und die übrigen Mitglieder der AfD-Fraktion